

Deshalb hätten wir gern noch einmal in Zusammenfassung von Euch Initiatoren Informationen über die Zielstellung so einer freien unabhängigen Gewerkschaft sowie über die Redlichkeit der Absichten hinsichtlich der Belange der Werktätigen und Schichtarbeiter.

Alles in allem auch Vorstellungen, wie künftig den Unterwanderungen durch ehemalige Apparatschiks entgegengewirkt werden soll. Wir haben da schlechte Erfahrungen gemacht und wollen so etwas von vornherein stoppen; deshalb noch unsere Anfrage?! Wir wollen nie wieder den Namen „FDGB“.

Mit freundlichen Grüßen

Im Namen meiner Kollegen des Möbelkombinates

Jürgen K.

Königswinterstraße, Berlin

(Es folgen 11 Unterschriften mit Berufsangaben: KTP, Heizer und Schlosser)

Quelle: Privatarchiv der Herausgeber/innen

**DOKUMENT 60: POSITIONSPAPIER DER DELEGATION HAUPTPOSTAMT
ERFURT ZUR BEZIRKSDELEGIERTENKONFERENZ DER IG
TRANSPORT- UND NACHRICHTENWESEN, 6. 1. 1990**

Position der Delegierten des Hauptpostamtes Erfurt, Bezirksdelegiertenkonferenz der IG, 6. 1. 1990

Die Werktätigen des Hauptpostamtes Erfurt sind von der Arbeit des FDGB in der Vergangenheit zutiefst enttäuscht. Sie sehen ihre Interessen auch von der bestehenden Industriegewerkschaft Transport- und Nachrichtenwesen nicht vertreten. Zwar sind 91,4 % der Werktätigen des HPA noch Mitglied des FDGB. Die 1500 Mitglieder unseres Amtes (ohne Arnstadt und Sömmerda) fordern und erwarten aber, daß unverzüglich wirksame Schritte für eine demokratische Gewerkschaftsarbeit beschlossen werden, die den Interessen der Werktätigen der Deutschen Post entsprechen.

Die „Tribüne“ hat am 5. 1. 1990 den Entwurf eines neuen Statuts des FDGB veröffentlicht. Dem kann man – wenn auch noch über manche Details diskutiert werden muß – im Prinzip zustimmen.

Die IG Transport- und Nachrichtenwesen hat am 4. 12. 1989 ein Aktionsprogramm veröffentlicht. Dieses Aktionsprogramm ist ein Schritt, dem wir

nur teilweise zustimmen können. In einigen Punkten geht es an den Problemen der Werktätigen der Deutschen Post vorbei. Dieses Programm ist uns zu sehr Kosmetik, zu wenig konsequent neues Denken. Wir fürchten: Das bringt uns nicht zum Handeln.

Wie ist die Gewerkschaftsarbeit bei der Post zu gestalten?

1. Wir wollen Mitglied einer eigenständigen Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen werden. Unsere Postgewerkschaft soll einen Bezirksvorstand – später einen Landesvorstand – und selbstverständliche einen Zentralvorstand haben. Kreisvorstände braucht unsere IG nicht.

2. Unsere Postgewerkschaft soll eine freie, eigenständige, unabhängige Organisation sein mit eigener Finanzhoheit und Tarifautonomie. Sie hat ein eigenes Statut. Dies entspricht der neuen Satzung des FDGB. Deshalb sind wir für die Mitgliedschaft unserer IG im FDGB, den wir als Dachverband auffassen.

3. Wir sind empört, daß in unserem Bezirk offensichtlich Vorbereitungsarbeiten zur Bildung einer IG Post laufen. Es wird bereits diskutiert, welche Funktionäre der alten Gewerkschaft die Funktionen in der neuen Postgewerkschaft übernehmen werden. Die Basis aber ist nicht einbezogen. Es soll sich ein Vorbereitungskomitee gebildet haben. Aber Vertreter des Hauptpostamtes, des größten Amtes unseres Bezirkes, wurden weder gefragt noch einbezogen. Der alte Stil – von oben nach unten – wird beibehalten. Damit sind wir nicht einverstanden.

Wir sind dagegen, daß sich der alte hauptamtliche Gewerkschaftsapparat mit neuem Namen weiter etabliert. Wir wollen Funktionäre in unserer Postgewerkschaft, die in der Lage sind, dogmatisches Denken der Vergangenheit abzubauen, die flexibel und bereit sind, die Interessen der Postler mit Engagement zu vertreten.

Wir entziehen dem Sekretariat des Bezirksvorstandes der IG Transport- und Nachrichtenwesen unser Vertrauen und fordern den Rücktritt.

4. Die Zahl hauptamtlicher Funktionäre innerhalb der Gewerkschaft ist drastisch zu senken. Wir wollen auch keine Gewerkschaftsbeamten, die uns auf Lebenszeit zu vertreten gedenken, sondern eine Begrenzung des Arbeitens in ein- und derselben Wahlfunktion auf acht - zehn Jahre. Wir wollen, daß unsere Hauptamtlichen in direkter und geheimer Wahl von der Basis gewählt werden.

5. Wir brauchen kein Aktionsprogramm für eine „attraktive Zukunft bei der Deutschen Post“ – wie das der Zentralvorstand nennt, sondern ein Programm mit realer Zielstellung. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als die Arbeitsfähigkeit der Post, die zumindest in den Ballungszentren stark gefährdet ist, zu erhalten. Das macht uns Sorge. Hier muß die Postgewerkschaft bei unserer Interessenvertretung beginnen.

6. Es geht langfristig darum, die Post – besonders auch das Post- und Zeitungswesen – zu modernisieren, zu rationalisieren, neue Technik einzusetzen, mehr zu investieren, die Postbausubstanz zu erhalten und zu verbessern und auf Dauer eine geordnete Arbeitskräftelage durch eine zumutbare Entlohnung und durch deutlich verbesserte Arbeits- und Lebensbedingungen zu erreichen. Die Voraussetzungen dazu hat der Minister, haben die Leiter aller Ebenen zu schaffen. Es ist aber eine gewerkschaftliche Aufgabe, die Interessen der Mitglieder vor allem auch auf diesem Gebiet zu vertreten und dafür zu sorgen, daß sich nun endlich etwas bewegt.

Wir finden kein Wort dazu im Aktionsprogramm.

Wie unsere IG das organisatorisch bewältigt, möge man zentral in der Postgewerkschaft beraten. Die fähigsten Gewerkschafter müssen dafür gewonnen werden, daß der erreichte Zustand der Post aus gewerkschaftlicher Sicht analysiert wird, nicht gegen, sondern mit den staatlichen Leitungen, aber mit dem Ziel, daß wir Einfluß nehmen auf die weitere Entwicklung unserer Betriebsprozesse. Wir orientieren besonders auf unsere Interessenvertretung bei den zu erwartenden Strukturveränderungen und der Verwaltungsreform und auf eine entsprechende Einflußnahme der Gewerkschaft.

7. Unsere bezirkliche Postgewerkschaft sollte Kontakte zur Postgewerkschaft in Hessen suchen. Positives aus unserer Vergangenheit wollen wir bewahren, auf Erfahrungen der Postgewerkschafter der BRD nicht verzichten.

8. Im Aktionsprogramm sind eine Reihe von Vorstellungen enthalten über die künftige Lohngestaltung bei der Deutschen Post. Über Einzelheiten kann man diskutieren. Vieles dazu im Aktionsprogramm findet dabei unsere Zustimmung. Unsere Postler bewegt aber vor allem, daß die Lohnschere zwischen der Industrie und der Post, die stets schon ungerechtfertigt groß war, in den achtziger Jahren von Jahr zu Jahr noch größer geworden ist. Die angemessene Einordnung der Post in die Volkswirtschaft – das ist es, wofür unsere Gewerkschaft zu sorgen hat. Es geht darum, dem Beruf des Postlers wie in anderen Industriestaaten das dem Nachrichtenwesen zukom-

mende Ansehen zu sichern, und zwar in der Entlohnung, Urlaubsgestaltung und Altersversorgung, damit sich der Kräftebestand der Post durch weitere nicht ersetzbare Abgänge an Kräften nicht noch weiter reduziert.

9. Im Aktionsprogramm geht es um Prämien und Auszeichnungen. Es geht aber unseres Erachtens nicht darum zu klären, **wie** Prämien verteilt werden oder **wer** Auszeichnungen vergibt. Zu klären ist, ob wir überhaupt noch Prämien brauchen, weil man mit entsprechender leistungsgerechter und guter Entlohnung genügend materielle Anreize gewähren könnte. Zu klären ist, ob wir unter unseren neuen gesellschaftlichen Verhältnissen noch Wert legen auf Orden und Medaillen, die nicht selten auch bei der Post mit gewerkschaftlicher Zustimmung mißbraucht wurden.

10. Zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Postler sieht das Aktionsprogramm eine Reihe Maßnahmen vor, denen zugestimmt werden kann. Klar muß aber sein, daß viele Probleme nur klärbar werden, wenn der international unüblich hohe Frauenanteil drastisch reduziert wird. Schwere körperliche Arbeit und der Verstoß gegen die ASVO 5 kann man doch nicht abbauen, indem man internationale Auswirkungen (Gewichtsreduzierungen bei Postsendungen) zuläßt. Sonnabendarbeit kann man nicht reduzieren, indem man Sonnabends keine Zeitungen mehr zustellt. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Man muß genügend geeignete Kräfte einstellen. Wir haben keine Illusionen. Sofort ist das nicht machbar. Die Postgewerkschaft muß sich hier aber positionieren. Es geht doch um die Zukunft, nicht nur um das Heute.

Unsere Postgewerkschaft soll sich dafür einsetzen, daß Errungenschaften der Gewerkschaft, die es zweifellos gibt, erhalten bleiben. Wir denken vor allem an Einflußnahme auf die Vergabe von Ferienplätzen, auf die Sozialversicherung, auf das Wohnungswesen u. a.

Für die Delegierten
Wolfgang Z.

Quelle: Privatarchiv Reinhard Krex, Erfurt